

Zum Artikel „Maas hält an nuklearer Abschreckung fest“ vom 5. Mai:

Auf Augenhöhe begegnen

Die Frage, inwieweit Waffen nachweislich abschreckend wirken, kann ich nicht beantworten. Gerne hätte ich die Frage beantwortet, weshalb westliche Staaten daran festhalten, auf die vermeintlich abschreckenden Waffen zu setzen, welche im schlimmsten Fall alles Leben zerstören, anstatt sich mit jenen Menschen auf Augenhöhe zu begegnen, denen sie aggressives Verhalten vorwerfen. Auch ohne fachliche und psychologische Kenntnisse wage ich zu bezweifeln, dass Menschen bereit sind, sich mit diplomatischen Mitteln zu verständigen, fühlen sie sich unter Druck gesetzt und möglicherweise in ihrer Sicht der Gegebenheiten nicht respektiert. Anstatt unvorstellbare Summen in Tod bringende Waffen zu investieren, bitte ich um ernst gemeinte, auf wirklichen Respekt vor anderen basierende Friedenspolitik. Danke an all jene, die bereits heute ihre Energie derart einsetzen!

ANDREA DICKMANN, BREMEN

Verantwortungslos

Eine große Mehrheit der bundesdeutschen Bevölkerung ist für den Abzug der US-amerikanischen Atomwaffen aus Deutschland. Ebenso viele Menschen fordern die Unterzeichnung des Atomwaffen-Verbotsvertrages durch die Bundesrepublik. Diese Mehrheitsmeinung kümmert die Bundesregierung offensichtlich nicht. Sie hält – auch in Corona-Zeiten, da das Geld wahrlich für etwas anderes als Kriegsvorbereitung gebraucht wird – daran fest, Milliarden für Atombomber auszugeben. Über den Einsatz der in Deutschland gelagerten Atomwaffen entscheiden nicht Merkel und Außenminister Maas, sondern US-Präsident Trump, der dazu meinte: „Wenn wir Atomwaffen haben, warum setzen wir sie nicht ein?“ Auch das kümmert unsere Regierung offensichtlich nicht. An der „nuklearen Abschreckung“ festzuhalten ist verantwortungslos.

MARTIN SCHMIDT, BREMEN

Aus Kriegen heraushalten

Dass wir das so respektieren, halte ich für dumm und unüberlegt. Wen wollen wir denn abschrecken? Und dann noch mit amerikanischen Atomwaffen. Wer uns kriegerisch angreift, lässt sich durch Atomwaffen nicht abschrecken. Als die USA in den Irak einmarschierte, war von Abschreckung nichts zu sehen. Was „vor die Flinte kam“, wurde brutal vernichtet inklusive Menschenleben und Infrastruktur. Das ist in allen derzeitigen Kriegsgebieten so. Würde sich die EU aus allen diesen Gebieten heraushalten, es gäbe keinen Grund, die EU anzugreifen. Warum auch? Aber die EU und Deutschland besonders mischen sich in Krisengebiete auf Anordnung der USA fleißig ein. Eine Bedrohung lässt sich daher leicht finden, wenn von Deutschland aus Atomwaffen in Kriegsgebiete abgeschossen werden.

WERNER BLUM, BREMEN

Das macht mir große Sorgen

Es ist paradox und erschreckend zugleich: Außenminister Maas und die Bundesregierung bekräftigen die Notwendigkeit einer atomaren Abschreckung. Natürlich nur zum Zweck des Gesamtziels, eine Welt ohne Atomwaffen zu schaffen. Das erinnert mich an die ehemalige DDR, die mit dem Slogan „Der Friede muss bewaffnet sein“ Internationalismus und Friedensliebe suggerierte. Das Argument, andere Staaten würden auch nukleare Waffen als Mittel militärischer Auseinandersetzungen nutzen wollen, gleicht dem Sandkasten-Masterplan nach dem Motto, „Auge um Auge, Zahn um Zahn“. Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer möchte mal fix bei den USA F-18-Jets bestellen. Deutschland ist weit davon entfernt, den Frieden vorzubereiten – ganz im Gegenteil. Das macht mir große Sorgen. Menschen und ihre Organisationen, die sich für Abrüstung und zivile Konfliktlösungen stark machen, werden zunehmend mehr aus dem öffentlichen Diskurs verbannt. Wir müssen wegkommen von der Haltung: „Wer den Frieden wünscht, bereitet sich auf den Krieg vor“ und hinkommen zur Haltung: „Wer den Frieden wünscht, bereitet den Frieden vor.“

ANETTE KLASING, BREMEN



Bundesaußenminister Heiko Maas und Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer auf einer Bildmontage vor dem Berliner Reichstag. Maas wird vorgeworfen, an der atomaren Abschreckung festhalten zu wollen, Kramp-Karrenbauer ist wegen ihrer zustimmenden Haltung für den Kauf neuer F-18-Jets in die Kritik geraten.

FOTO: JUTRCZENKA / DPA

Initiative ergreifen

2010 hatte der Deutsche Bundestag in übergroßer Mehrheit mit CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen beschlossen, den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland zu fordern. Dieser demokratische Beschluss wurde nie umgesetzt. Außenminister Westerwelle (FDP), der Initiator dieses Beschlusses, sagte damals: „Wir stehen am Beginn eines Jahrzehnts, in dem sich noch entscheiden wird, ob es ein Jahrzehnt der Aufrüstung oder der Abrüstung werden wird.“ Heute wissen wir, dass es ein Jahrzehnt der Aufrüstung geworden ist.

Nun haben sich Sozialdemokraten dafür eingesetzt, auch Vorsitzender Walter-Borjans und Fraktionschef Mützenich, dass Deutschland künftig die Stationierung von US-Atombomben ausschließen solle. Dem aber widerspricht heftig Außenminister Maas, auch SPD. Denn bei solch einseitigen Schritten würde Deutschland bei den entscheidenden Debatten über Abrüstung und Rüstungskontrolle nicht mehr am Tisch sitzen.

Geht es hier nur noch um Macht, nicht aber um Frieden? Würde Deutschland als einflussreiches Land die Initiative zu einer globalen Abrüstungskonferenz ergreifen, würde es nicht nur am Tisch der Großen sitzen, sondern auch nach 75 Jahren endlich dem Vermächtnis des deutschen Widerstands entsprechen: „Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!“

HARTMUT DREWES, BREMEN, SPRECHER BREMER FRIEDENSFORUM

Friedensmacht werden

Die Debatte um neue atomwaffenfähige Flugzeuge in Deutschland zeigt uns: Die Milliarden-Kosten sind angesichts vielfältiger gesellschaftlicher Probleme nicht mehr vermittelbar. Deutschland ist Vertragsnehmer vom Atomwaffen-Sperrvertrag (NPT) als Nicht-Atomwaffen-Staat Verpflichtungen eingegangen.

Es ist politisch falsch und moralisch verwerflich, wenn deutsche Piloten für Atomwaffen-Abwürfe trainiert werden und Atomwaffen in Deutschland stationiert sind. Aufgabe der deutschen Politik muss es sein, die vertragliche Verpflichtung zur Abschaffung (Artikel 6 im NPT) aller Atomwaffen auch bei den Atommächtigen einzufordern. Deutschland muss dem Atomwaffen-Achtungsvertrag von 2017 beitreten.

75 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges hat eine deutsche Nato-Mitgliedschaft doch nur dann Sinn, wenn die Bundesregierung im Rahmen der Nato eine konsequente Abrüstungspolitik betreibt. Es gibt doch dafür keinen besseren Zeitpunkt als heute fünf-einhalb Umkehr.

Dann könnten wir tatsächlich eine Friedensmacht sein, statt wie bisher zentrales Mitglied eines Militärbündnisses, das ein Vielfaches an Rüstungsausgaben unterhält alles anderen Staaten zusammen.

LARS POHLMEIER, BREMEN, INTERNATIONALE ÄRZTE FÜR DIE VERHÜTUNG DES ATOMKRIEGES

Zum Leserbrief „Warum nicht Lufthansa?“ vom 11. Mai:

Lufthansa wollte nicht

Gerne hätten wir die Lufthansa als Transporteur gewonnen. Leider war die Lufthansa nicht bereit, Bremen mit einer Transportmaschine anzufliegen. Die Lufthansa wollte einzig München als Zielflughafen anfliegen. Von dort hätte der Transport mit Lkw nach Bremen durchgeführt werden müssen. Unser Ziel war es aber, jeden Umweg zu vermeiden. Jeder Umweg und jede Zwischenstation birgt die Gefahr von Störungen in sich. Zusätzlich konnten wir dann auch bremisches Steuergeld in Bremen verwenden – Lande- und Startgebühren, Entladungs- und Verteilungskosten – und der Flughafen Bremen konnte beweisen, dass er in der Lage ist, auch extrem große Transportmaschinen abzufertigen. Es konnte also der Beweis geliefert werden, dass Bremen ein exzellenter Logistikstandort ist.

PETER NOWACK, BREMEN-BLUMENTHAL, MITGLIED DES ORGANISATIONSTEAMS

Zum Thema „Umstrittene Äußerungen des St. Martini-Pastors Olaf Latzel“:

Überzogene Hatz

Gestrige Pastoren werfen ungewollt eine fundamentale Frage auf: Was ist von Gottes Wort zu halten? Gäbe es die „Eine wahre Gottheit“, wäre sie allwissend, in übergeordneter Gerechtigkeit ewig unveränderlich. Jahwe, ein eifersüchtiger patriarchalischer Gott, zeigte sich in seinen Offenbarungen an die Söhne Israels ethisch unausgegoren, verfügte die Herrschaft des Mannes über die Frau, billigte Sklaventum und ging mit Todesstrafen leichtfertig um; selbst harmlose Zauberinnen sollten, neben „Männern, die bei Männern liegen“, nicht am Leben bleiben.

Deutlich wird vielmehr, dass Menschen die sich berufen fühlten und Anhänger fanden, moralisch-ethischem Zeitgeist folgend in eifernder Strenge, die höchste Macht beschwörend, ihre Vorstellungen platzierten. Sie haben übersehen, dass sich ein erhabener Gott nicht in subjektiv geprägten Visionen in Worten und Bildern, sondern allein im Sein erweisen würde.

Der göttliche Funke ist im Glauben nach dem Gleichnis Gottes in alle Menschen gelegt. Ihnen wurde daher eigenverantwortlich die „Herrschaft über die ganze Erde“ (1Mo1:26) verliehen. Daraus ist etwa unter dem grundlegenden Aspekt der Menschenwürde in evolutionären Prozessen weltweit der Konsens über Menschenrechte entstanden, sind echte Demokratien mit weitgehenden Freiheitsrechten und Toleranz hervorgegangen – das, was heute zählt.

Unter diesen Maximen wirkt die eröffnete Hatz auf den streitbaren Pastor sogar aus atheistisch-philanthropischer Sicht überzogen.

JÖRG STEINKAMP, BREMEN

Aufruf zur Gewalt

Im Artikel „Verfahren gegen Latzel geplant“ vom 8. Mai ist zu lesen, Pastor Latzel bestreite, Homosexuelle „Verbrecher und Kriminelle“ genannt zu haben. Das ist falsch. Latzel bestreitet lediglich, es so gemeint zu haben. Zur Klarstellung: Die Audiodatei vom 19. Oktober 2019 über das von ihm durchgeführte Eheseminar wurde von der Staatsanwaltschaft, von der Kirche sowie von lokalen Medien und der Frankfurter Rundschau gesichert. Darin formuliert Latzel nicht nur die Diskriminierungen, er behauptet auch, Homosexualität sei „ein todeswürdiges Verbrechen“. Ein eindeutiger Aufruf zu Gewalt und Volksverhetzung. Doch entscheidet darüber die Staatsanwaltschaft.

DORA HARTMANN, BREMEN

Mobbing ist eine Schande

Was derzeit mit Pastor Olaf Pastor Latzel passiert, die Hetze gegen seine Person und einseitige Medien-Propaganda haben mit Sachlichkeit nichts mehr zu tun. Pastor Latzel hat sich öffentlich dafür entschuldigt, sollten seine Worte über homosexuelle Menschen, falsch verstanden worden sein. Seit Wochen sind Pastor Latzel und seine Gemeinde, Zielscheibe von homosexuellen Menschen, die sich dann auch dazu bekennen. Am 8. März haben während eines Gottesdienstes und danach Homosexuelle, bei Martini Krawall gemacht, so, dass man die Polizei rufen musste. Die Besucher des Gottesdienstes wurden gotteslästerlich beschimpft, mit Kondomen beworfen und bedrängt. Die Martini-Kirche wurde schon oft besprüht. Das Auto von Olaf Latzel wurde gleich dreimal zerkratzt, ein Eimer Joghurt gegen die Kirchentür geworfen, Waren wurden auf seinen Namen bestellt und vieles mehr. Nicht zu vergessen: zwei Morddrohungen. Das geht jetzt schon einige Wochen. Die Mitarbeiter der Kirche, die sich jetzt gegen Latzel aufstellen, ihn mobben, sehen einfach nur zu. Wenn es gegen Pastor Latzel geht, dann, so scheint es, ist diesen Leuten bald jedes Mittel recht. Dieses Mobbing ist eine Schande.

MARITA DILLY, BREMEN

Keine Narrenfreiheit

Der liebe Pastor in Bremen, über den viele schnackeln und schreiben, der Pastor von St. Martini, wo einst der Choral entstand „Lobe den Herren“ von Pastor Joachim Neander, möchte auch mal gelobt werden für seine intoleranten, lieblosen, ja beleidigenden Worten. Er erzählt den Leuten wohl das, was ihre niederen Instinkte – Hass, Neid, Gier – gerne hören wollen und wird dafür noch beklatscht. Er ist doch kein Narr und hat somit auch keine Narrenfreiheit. Was würde Jesus dazu sagen? Ich glaube, Pastor Latzel weiß genau, was er tut und sagt, ist doch nicht blöd. Der Kirche Christi erweist er aber damit einen Bärendienst. Mir scheint, er hat andere Probleme, die ihn dazu treiben: Sein Ego. „Herr vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun!“ Das schützt ihn aber nicht hier auf Erden vor einer strafrechtlichen „Verantwortung“ in unserem demokratischen Staat. Mien Vadder harr seggt: „Junge, schnack doch keen dummet Tüch!“

DIEDRICH HEUMANN, WEYHE

Straftaten nicht verurteilt

Seltsamerweise habe ich, sofern ich nichts übersehen habe, nirgendwo davon lesen können, dass jemand der Leserbriefschreiber die verübten Straftaten, die gegen Pastor Latzel gerichtet waren, verurteilt. Ihn und seine Aussagen hat man reichlich verurteilt, die Straftaten anderer gegen ihn jedoch nicht. Ich habe mich gefragt, warum das niemand getan hat. Des Weiteren habe ich festgestellt, dass für Pastor Latzel die Aussagen der Bibel offensichtlich sehr wichtig sind. Bei der Masse der sich gegen ihn positionierenden Pastoren der BEK scheint das anders zu sein.

MANFRED FELDMANN, WORPSWEDE

Bibel missverstanden

An Pastor Latzel ist die Aufklärung vorübergegangen. Ihm wird nicht zu helfen sein. Er missversteht die Bibel, dieses großartige Werk, augenscheinlich als eine für alle Zeiten und alle Menschen gültige Ethik und generell als ewige Wahrheit, was sie schon auf Grund ihrer Entstehungsgeschichte nicht ist. Die gesellschaftliche Toleranz gegenüber jeder Religionsausübung endet dort, wo sie gegen die Würde des Menschen oder gegen die säkularen Gesetze verstößt.

HARTWIG STRUCKMEYER, BEVERSTADT

Zum Artikel „7,4 Milliarden Euro für Corona-Impfstoff“ vom 5. Mai:

Keine fünf Jahre

Die Berechnung zur Durchführung der Impfung kann nicht unwidersprochen bleiben: Wenn wir 60 Millionen Menschen in Deutschland impfen wollen, und jede Impfung dauert maximal zehn Minuten – inklusive Aufklärung, Dokumentation, Risikoevaluation – und eine gute Logistik vorausgesetzt, dann benötigen wir 600 Millionen Minuten gleich zehn Millionen Stunden. Konservativ geschätzt können in Deutschland rund 500.000 Menschen (Ärzte, Pflegenden in den Krankenhäusern, medizinische Fachangestellte in Arztpraxen) die Impfung durchführen. Dann dauert die Impfung in einer konzertierten gemeinsamen Aktion aller Beteiligten etwa 20 Stunden – gleich 2,5 Arbeitstage – und nicht fünf Jahre, wie behauptet. Übrigens: Die Durchführung einer Bundestagswahl mit ähnlichem Aufwand erfolgt innerhalb eines Tages.

JÖRG GRÖTICKE, BREMEN, FACHARZT FÜR INNERE MEDIZIN

REDAKTION LESERMEINUNG

Anschrift: Bremer Tageszeitungen AG
Lesermeinung • 28189 Bremen
Mail: lesermeinung@weser-kurier.de

Leserbriefe sind keine Meinungsäußerung der Redaktion. Die Redaktion behält sich Auswahl und Kürzungen vor. Anonyme Briefe werden nicht veröffentlicht. Postadresse und Telefonnummer nicht vergessen, auch bei E-Mails.



Qatar Cargo brachte Schutzausrüstung aus China nach Bremen. Die deutsche Lufthansa hätte den Auftrag nur mit einer Landung in München übernommen, sagt Peter Nowack. FOTO: KLAMA